



15.09.2014 – 08:30 Uhr

Schweiz beim Waldschutz weit abgeschlagen

Zürich (ots) -

Seit 2013 ist die EU-Holzhandelsverordnung in Kraft, die den Verkauf von illegal geschlagenem Holz unterbinden soll. Der WWF wollte wissen, wie die Verordnung umgesetzt wird - auch von der Schweiz. Die Ergebnisse sind vernichtend: Nur gerade zwei Länder schneiden zufriedenstellend ab, die Schweiz dümpelt abgeschlagen am Ende.

Illegaler Holzeinschlag ist weltweit eine der grössten Bedrohungen für die Wälder. Insgesamt macht der Handel mit illegalem Holz einen Anteil bis zu 30 Prozent am globalen Holzhandel aus. Deshalb hat der WWF geprüft, wie weit die EU-Mitgliedstaaten und die Schweiz bei der Umsetzung der europäischen Holzhandelsverordnung (EUTR) sind (www.wwf.org.uk/barometer). Diese soll den Handel von Holz- und Papierprodukten aus illegalem Einschlag in der EU verhindern.

Das Ergebnis ist ernüchternd: Am besten schneiden Grossbritannien mit 14 und Dänemark mit 11 von möglichen 16 Punkten ab. Deutschland erreicht doch immerhin noch 9 Punkte. Die Schweiz bringt es gerade einmal auf 3 Punkte und gehört damit zum Schlusslicht der gesamthaft 29 Staaten.

Trotz Inkrafttreten der europäischen Holzhandelsverordnung vor mehr als einem Jahr, ist deren Umsetzung in den EU-Ländern also ungenügend. Die WWF-Studie kommt zum Schluss, dass erst 11 EU-Mitgliedstaaten nationale Gesetze geschaffen haben, die verlässlich genug sind, die Einfuhr von Holz und Holzzeugnissen aus legalen Quellen zu kontrollieren. Weitere 17 EU-Länder und die Schweiz haben entweder noch keine nationalen Gesetze verabschiedet oder nur schwache, rechtliche Grundlagen geschaffen, die keine wirksamen Kontrollen oder abschreckende Strafen ermöglichen.

In der Schweiz ist die Einfuhr von Holz- und Papierprodukten aus illegalem Einschlag nicht verboten. Als Hauptgrund dafür nennen BAFU und SECO die fehlende Gesetzesgrundlage zur Schaffung einer der EUTR-analogen Verordnung. «Mit der Revision des Umweltschutzgesetzes könnte diese Lücke nun geschlossen werden,» sagt WWF-Fachfrau Simone Stammach. Nebst verschiedenen freiwilligen Massnahmen umfasst der Gegenvorschlag des Bundesrates zur Initiative für eine grüne Wirtschaft die Möglichkeit, bei Angleichungsbedarf an internationale Vorschriften Mindestanforderungen an die Inverkehrbringung von Produkten einzuführen. Damit könnte eine EUTR-analoge Verordnung in der Schweiz rasch eingeführt und damit dem Handel mit illegalem Holz und Papierprodukten auch in der Schweiz einen Riegel geschoben werden.

Illegaler Holzeinschlag ist keine Bagatelle, er ist einer der Hauptgründe der Waldzerstörung weltweit - mit fatalen Folgen für die Artenvielfalt, für Menschen in diesen Waldgebieten, sowie für das Klima.

Ergebnis des Länder-Ratings:

14 Punkte: Grossbritannien 11 Punkte: Dänemark 9 Punkte: Finnland, Deutschland, Litauen, Slowenien 8 Punkte: Belgien, Portugal 7 Punkte: Zypern, Estland, Niederlande, Schweden 6 Punkte: Frankreich 5 Punkte: Luxemburg, Rumänien 4 Punkte: Österreich, Kroatien, Tschechien, Lettland 3 Punkte: Bulgarien, Schweiz 2 Punkte: Griechenland, Irland 1 Punkt: Italien, Malta, Polen, Slowakei 0 Punkte: Ungarn, Spanien

Weitere Informationen:

Die WWF-Studie "EU Government Barometer" finden Sie hier: www.wwf.org.uk/barometer

Eine Grafik "EU Government Barometer" finden Sie hier:
http://assets.wwf.ch/downloads/ergebnis_lander_rating_eu_government_barometer_d.pdf

Die WWF-Position zur Revision des Umweltschutzgesetzes (grüne Wirtschaft): <http://www.wwf.ch/de/projekte/schweiz/politik>

Kontakt:

Kontakte:

EU Government Barometer: Simone Stammach, Projektleiterin WWF Schweiz, Tel: 044 297 21 65

Grüne Wirtschaft: Jennifer Zimmermann, Verantwortliche Konsumarbeit WWF Schweiz, 079 778 51 01